

Bündnis braucht keine Ermahnung

Leserbrief zu Artikel
„Rechtsextreme: Nächstes
Treffen schon geplant“, Tag-
blatt vom 25. Oktober:

„Erst vor kurzem appellierte der Sprecher des bayerischen Innenministeriums Michael Ziegler an die Zivilgesellschaft, die Bekämpfung der Neo-Nazis nicht auf Politik und Polizei abzuladen, denn „gerade wenn die Rechten vor Ort aktiv werden, müssen die demokratischen Kräfte ihnen die Maske vom Gesicht reißen“ (SZ 22.9.06 „Bayern im Visier der NPD“).

Klingt gut, ist aber schwierig durchzuführen, wenn dann „vor Ort“ den aktiv werdenden demokratischen Kräften die rote Papp-

nase des politischen Deppen aufgesetzt wird, also zum Beispiel die lokale Berichterstattung kritiklos zitierte „Problempunker“ „Krawallnächte“ und eine so nicht existierende „linksextreme Szene“ mit dieser Initiative suggestiv in Verbindung bringt. Nicht gerade die beste Empfehlung, um weitere Bewohner zum Mitmachen zu gewinnen!

Polizeiarbeit zum Schutz der Demokratie ist hoch zu schätzen, aber sie braucht zu ihrer Aufwertung keinen linken Popanz. Und das „Werdenfelser Bündnis gegen Rechts“ braucht Unterstützung und keine Ermahnungen von oben herab, nach deren Veröffentlichung sich Polizeichef Loy schon

mal fragen lassen muss, wie ernst er überhaupt das Engagement politisch mündiger Staatsbürger nimmt, und ob er eventuell ein Problem damit hat.“

Dr. Marina Dietz,
Murnau

Bitte beachten Sie:

Äußerungen in der Rubrik Leserbriefe sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Zuschriften sollten sich generell auf Veröffentlichungen in dieser Zeitung beziehen. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Je kürzer ein Leserbrief gefasst ist, desto größer die Abdruckchance.